L-1-342-2: Demokratie sichern, Diskriminierung bekämpfen

Antragsteller*innen Susanne von Below (KV Berlin-Kreisfrei)

Von Zeile 341 bis 342 einfügen:

autokratische Strukturen und werden zu mündigen Bürger*innen, die die Demokratie wertschätzen.

Wir fordern die Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler:innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen sowie alle anderen Formen von Rassismus an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie in Ausbildungsbetrieben. Die derzeitige Finanzierung, wie sie im Berliner Haushalt vorgesehen ist, reicht vor dem Hintergrund der aktuellen Lage an Berliner Schulen und außerschulischen Orten der Begegnung von Jugendlichen für eine qualitativ nachhaltige Arbeit, die stadtweit notwendig ist, nicht aus. Es braucht eine strukturelle Verstetigung und Erhöhung der Finanzierung für Träger, die mit, an oder in schulischen und außerschulischen Lernorten für einen interreligiösen, interethnischen, friedlichen Dialog arbeiten und mit ihren Materialien und Angeboten Schulen/Betriebe unterstützen. Wir sehen es als zwingend notwendig an, dass Lehrkräfte und das Personal an den Schulen/Betrieben berlinweit befähigt werden, durch Angebote niedrigschwelliger Fortbildung auf Hassbotschaften im Klassenraum/am Ausbildungsplatz angemessen zu reagieren.
Jugendliche und junge Erwachsene müssen über weitere Unterstützungs-/Partizipationsangebote die Möglichkeit erhalten, einerseits ihre Medienkompetenz zu erhöhen und andererseits ein vertieftes Verständnis für eine vielfältige und lebendige Stadtgesellschaft zu erhalten.

Begründung

Im Antrag wird der wichtige Bereich der Bildung an Schulen und in Betrieben nicht einbezogen. Dieser Änderungsantrag kommt aus der LAG Bildung und wird von ihr unterstützt.

Unterstützer*innen

Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Inga Weyel (KV Berlin-Neukölln), Ertan Öztürk

(KV Berlin-Spandau), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Sabine Deitschun (KV Berlin-Kreisfrei)